blättchen
TREPTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 309 / Dezember 2025

Die Linke
Bezirksverband Treptow-Köpenick

Auf dem Landesparteitag der Linken wurde Elif Eralp als Bürgermeisterkandidatin für die Abgeordnetenhauswahl 2026 gewählt.

Eralp wird Bürgermeister-kandidatin der Linken

Kampf ums Rote Rathaus eröffnet

Für die nächste Abgeordnetenhauswahl im September 2026 hat Die Linke Elif Eralp als Bürgermeisterkandidatin aufgestellt. Eralp erhielt breite Unterstützung auf dem Landesparteitag. Aktuell steht Die Linke in den Umfragen auf dem zweiten Platz, deutlich vor SPD und Grünen. Damit ist mit einem Zweikampf ums Rote Rathaus zu rechnen: Elif Eralp gegen Kai Wegner. Eralp machte als neue Bürgermeisterkandidatin in ihrer Rede deutlich, dass sie nicht „Politik für linke Menschen, sondern linke Politik für alle Menschen“ machen wolle. Im Zentrum stehe ein bezahlbares Leben für alle Menschen in der Stadt. Eralp sitzt seit 2016 im Abgeordnetenhaus für Die Linke und steht für eine neue Generation – für sie ist der Kampf für bezahlbare Mieten und ein bezahlbares Leben kein Widerspruch zu einer konsequenten Parteinahme gegen Rassismus und für Menschen- und Bürgerrechte. Die 44-jährige Juristin hatte seinerzeit Anteil am Zustandekommen des Berliner Mietendeckels. In ihrer Rede vor den Delegierten wurde sie auch persönlich: Sie habe bereits als 12-Jährige die Entscheidung getroffen, Jura zu studieren, um dann Menschenrechtsanwältin zu werden. Sie selbst sei Einwanderer-Kind, ihre Eltern mussten einst aus der Türkei fliehen, weil sie dort wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten verfolgt wurden.

Die Linke präsentierte sich auf dem Parteitag geschlossen – auch mit einem sehr breit getragenen Antrag zum Nahostkonflikt unter dem Titel „Berlin verbindet – Solidarität über Grenzen hinweg“. Viele in der Partei machen sich Hoffnung, dass es – ähnlich wie zuletzt in New York mit dem sozialistischen Kandidaten Zohran Mamdani – gelingen kann, das Bürgermeisteramt von links zu erobern. Die Chancen darauf stehen in der Tat nicht schlecht, auch weil Wegners Probleme derzeit größer werden.

Fortsetzung auf S. 2

Aktueller Termin Sozialsprechstunde Die Linke hilft 18.12.25

17–19 Uhr
In der Brückenstraße 28, 12439 Berlin
S Schöneweide, Tram Brückenstraße

Kontakt: hilfe@dielinke-treptow-koepenick.de
Mobil/WhatsApp: +49 163-27 01 371

Gysi meint …

Ungerechte Aktivrente

„Das Bundeskabinett hat die Aktivrente verabschiedet und suggeriert, damit bei der Lösung der Probleme der Rentenversicherung einen großen Schritt zu gehen. Doch so lukrativ der monatliche Steuerfreibetrag von 2000 Euro für Ältere erscheint, die ihren Beruf auch noch nach dem Erreichen des Renteneintrittsalters ausüben wollen und können, ist es dennoch von einer sozial gerechten Rentenreform weit entfernt. Denn die Aktivrente ändert nichts daran, dass viele Rentnerinnen und Rentner, vor allem Frauen und vor allem im Osten, eine zu geringe Rente haben und immer mehr Ältere zusätzlich auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Ende 2024 waren 1,26 Millionen von letzterem betroffen, über 4 Prozent mehr als noch ein Jahr zuvor, während die Bundesregierung selbst davon ausgeht, dass nur 168.000 Menschen die Aktivrente überhaupt in Anspruch nehmen werden.

Das ist auch kein Wunder, denn welche Pflegekraft, welcher Bauarbeiter schafft es überhaupt bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter und hat eine Möglichkeit, die Aktivrente in Anspruch zu nehmen? Dass Selbständigen auch dann diese Möglichkeit der Steuerfreiheit verwehrt wird, wenn sie freiwillig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, macht die Ungerechtigkeit dieses Modells ebenfalls deutlich. Wir brauchen endlich eine Rentenreform, die sozial gerecht ist und dafür sorgt, dass das Rentenniveau nicht weiter sinkt und das Renteneintrittsalter nicht weiter steigt. Berater der Bundesregierung fordern jetzt schon, dass man erst mit 73 in Rente gehen darf. Wenn alle mit Erwerbseinkommen in die gesetzliche Rente einzahlten, auch Politiker, Anwälte und schrittweise die Beamtinnen und Beamten, wenn der Rentenanstieg für Menschen mit sehr hohen Einkommen solidarisch abgeflacht, die Beitragsbemessungsgrenze mindestens verdoppelt und eine Mindestrente von 1.400 Euro eingeführt werden würde, dann wäre die Rente nicht nur sicher, sondern auch armutsfest.

„Solidarität ist stärker als Hass“

Interview mit Moritz Warnke über „Apollo News“

„Apollo News“ ist eine rechte Medienplattform, deren Redaktion im Ortsteil Alt-Treptow sitzt. Ende September gab es eine Informationsveranstaltung im Kiez zu dieser Publikation, woraufhin ein von einschlägigen Medien befeuerter Shitstorm folgte. Hierzu ein Gespräch mit Bezirksvorsitzendem Moritz Warnke:

Wie kam es zu der Veranstaltung zu „Apollo News“?
Die Nachbarschaft hat das Thema an uns herangetragen, unter anderem bei einer Kiezversammlung. „Apollo News“ ist ja ein kleiner Laden, aber eng vernetzt mit anderen rechten Medien. Bei der Kampagne gegen die Verfassungsrichterkandidatin Brosius-Gersdorf etwa brachte „Apollo News“ den Stein mit grob verzerrenden Behauptungen ins Rollen. Andere rechte Online-Medien haben das sehr schnell aufgenommen.

Wie lief die Veranstaltung Ende September ab?
Eine Expertin der Amadeu-Antonio-Stiftung sprach zu neurechten Medien, ihrer Arbeits- und Wirkungsweise. In der Diskussion ging es darum, wie wir uns dazu verhalten können, welche demokratischen Widerstandsformen es gibt. Dass viele Nachbar:innen sich nicht wohl fühlen mit diesem Medium, zeigte die tolle Resonanz: Obwohl wir nur kurzfristig vor Ort Flyer verteilt haben, war es übervoll.

Nach der Veranstaltung behauptete „Apollo News“, es habe einen Gewaltaufruf gegeben. Ist da was dran?
Der Gewaltaufruf ist frei erfunden. Eine Masche der extremen Rechten ist ja ihre Weinerlichkeit. Werden sie kritisiert, präsentieren sie sich als Opfer, die ihre Meinung nicht sagen dürfen. Die Opfermasche soll Eindruck machen, zum Beispiel bei Journalisten aus dem rechtsliberalen Lager. Die horchen auf, wenn angeblich die Pressefreiheit bedroht wird. Aber bei der Weinerlichkeit bleibt es leider nicht.

Nein?
Die verzerrenden Berichte zielen auch auf die Mobilisierung der Faschist:innen im Netz. Der Shitstorm soll kritische Geister zum Schweigen bringen. Ob es um eine Richterkandidatin geht, einen Buchverlag oder NGOs, die Botschaft ist: Es kann jeden treffen, der dem rechten Internetmob und seinen Verbündeten im Parlament und in Redaktionsräumen zu links ist. Der diskursive Rufmord und die anonyme Morddrohung gehen dabei Hand in Hand. In diesem Fall richtete sich der Hass gegen Die Linke und auch gegen mich persönlich, teils sogar gegen meine Familie. Zudem geriet der Veranstaltungsort in den Fokus, eine Kneipe in Alt-Treptow. Unser Gast auf dem Podium erhielt Morddrohungen.

Wie war der Umgang damit?
Es gab so viel Solidarität – in der Partei und aus dem Kiez. Das ist extrem wichtig, denn Solidarität ist stärker als Hass. Politisch ist die Sache eh klar: Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wer den Mob auf Queere, Migrant:innen, Linke oder kritische Journalist:innen hetzt, kann von Antifaschist:innen keine freundliche Ansprache erwarten.

„Wichtiges Signal an die Republik“

Forsetzung von Seite 1

Kai Wegner möchte das Amt als Regierender Bürgermeister im nächsten Jahr unbedingt verteidigen, dabei steht sein Senat aber wegen der massiven Kürzungspolitik über nahezu alle Politikbereiche in der Kritik. Gekürzt wird bei zahlreichen sozialen Trägern, der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch bei wichtigen Infrastrukturvorhaben.
Zudem steht seine CDU aktuell mit einem Spendenskandal rund um fragwürdige Geldzahlungen beim Haushaltstitel der Antisemitismusbekämpfung in den Schlagzeilen. Linke und Grüne haben bereits einen Untersuchungsausschuss beantragt. Dabei geht es um den Vorwurf, dass Gelder aus dem Landeshaushalt durch Druck aus der CDU-Fraktion auf den CDU-Kultursenator gegen die expliziten Warnungen der Verwaltungsmitarbeiter ausgezahlt worden sein sollen – und zwar zugunsten von teils dubiosen Vereinen, die von Vertrauten, Vorstandskollegen und

Applaus für Elif Eralp beim Landesparteitag der Linken.

teils sogar Mitarbeitern geführt werden und deren Engagement gegen Antisemitismus jedenfalls für die Vergangenheit nicht oder kaum dokumentiert war. Einer der Vereine soll einer Berliner Immobilienfirma zugeordnet sein. Damit würden Wegner möglicherweise frühere Verstrickungen der Berliner CDU in den Berliner Baufilz einholen. Die Berliner CDU hatte sich in diesem Gebiet gerade von der öffentlichen Diskussion um eine Großspende von einem der Berliner „Baulöwen“ Christoph Gröner erholt. Gröner hatte nach dem Verdacht eines Zusammenhangs seiner Großspende mit dem Engagement der CDU gegen den Berliner Mietendeckel öffentlich erklärt, es habe im Zusammenhang mit dieser Spende tatsächlich Vereinbarungen über konkrete Gegenleistungen der Berliner CDU gegeben.
Auch die angedachten Sozialkürzungen auf Bundesebene machen es für die CDU nicht leichter. Auf dem Parteitag der Linken berichtete Katalin Gennburg, Sprecherin der Berliner Landesgruppe der Linksfraktion im Bundestag, der Angriff auf den Sozialstaat der Merz-CDU werde im Parlament auf den entschlossenen Widerstand der Linken treffen. Der Bundestag werde von Merz aktuell zur „Arena der Grausamkeiten gemacht“, SPD und CDU legten die Axt an den Sozialstaat. Deshalb werde man „von Berlin aus mit der roten Metropole ein wichtiges Signal in die Republik senden.“ Mit Blick auf die aktuelle Rentendebatte fordere Die Linke eine „Renten-Revolution“ bei der auch Selbstständige, Beamt:innen, Politiker:innen und Manager:innen voll in die Rentenkasse einzahlen.

Zahl des Monats: 22.000 €

Unzählige Mieten in Deutschland sind illegal hoch und Mieter:innen zahlen jahrelang viel zu viel. Ein Fall aus Friedrichshain-Kreuzberg zeigt, dass es auch anders gehen kann: Eine Vermieterin hatte einer Frau eine um 190 Prozent zu hohe Miete berechnet. Dank des konsequenten Vorgehens der Linken Stadträtin Regine Sommer-Wetter gegen Mietwucher muss die Vermieterin nun eine Strafe von rund 26.000 € zahlen und die Mieterin erhielt 22.000 € Miete zurück.
Bravo! Was Friedrichshain-Kreuzberg kann, kann Treptow-Köpenick doch auch ...

AUS DEM Rathaus
TREPTOW-KÖPENICK
Ausgabe Nr. 309 / Dezember 2025
Die Linke
Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Linke Sozialstadträtin Carolin Weingart und Elsa Brandt vom Förderverein an der Baustelle für den neuen Kiezklub Baumschulenweg. Die Kiezklubs sind seit 30 Jahren ein Linkes Projekt im Bezirk.

Schritt halten mit dem Wachstum

Die Bilanz von Carolin Weingart

Treptow-Köpenick wächst rasant. Über 300.000 Menschen leben bereits hier – doch soziale Infrastruktur und Gesundheitsangebote halten mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Linke Bezirksstadträtin Carolin Weingart (40) stellt klar, wo die größten Baustellen liegen und welche Lösungen der Bezirk bereits umsetzt. Besonders sichtbar wird der Handlungsbedarf in der ambulanten ärztlichen Versorgung. 28 Hausarztsitze sind unbesetzt, bei Kinder- und Jugendärzten liegt der Bezirk berlinweit auf dem letzten Platz. Für viele Familien bedeutet das monatelange Wartezeiten und lange Wege.

Weingart verweist auf ein innovatives Projekt, das berlinweit Beachtung findet: die Praxis-Raumbörse. Sie erfasst freie, bezahlbare Gewerbeflächen und bringt sie mit Ärztinnen und Ärzten zusammen. Das Modell gilt inzwischen landesweit als Empfehlung zur Verbesserung der Versorgung. Durch die Vermittlung freier Räume im Parkcenter können demnächst neue Hausarztpraxen eröffnet werden. Für die Bevölkerung vor Ort ist das ein spürbarer Fortschritt.

Auch bei der Pflege geht der Bezirk neue Wege. Mit dem von Weingart initiierten „Runden Tisch Pflege“ arbeiten Akteurinnen und Akteure gemeinsam an Antworten auf die Herausforderungen des demografischen Wandels – kontinuierlich, praktisch und über Zuständigkeitsgrenzen hinweg.

Die Klimakrise trifft Treptow-Köpenick ebenfalls direkt. Das Hitzeschutzkonzept des Bezirks, das im kommenden Jahr vorgestellt wird, setzt auf konkrete Maßnahmen wie Kälteräume und besondere Unterstützung für sozial benachteiligte Gruppen. Gleichzeitig stärkt der Bezirk die Straßensozialarbeit für Obdachlose und setzt auf Hilfe statt Ausgrenzung.

Eine zentrale Rolle spielen auch die Kiezklubs, die seit Jahrzehnten Orte der Begegnung und sozialen Teilhabe sind. Ihr Fortbestand war zuletzt mehrfach gefährdet, doch Engagierte und Verwaltung setzten sich erfolgreich für ihre Sicherung ein. Über 300 Ehrenamtliche tragen das soziale Leben im Bezirk – ein berlinweit herausragender Wert.

Weingarts Bilanz der letzten vier Jahre zeigt, wie vielfältig die sozialen und gesundheitlichen Herausforderungen eines wachsenden Bezirks sind. Und sie zeigt, dass konkrete Maßnahmen vor Ort entscheidend sein können, um Lebensqualität zu sichern und zu verbessern.

Gemeinschaftsschule Adlershof gesichert

Verkehrsanbindung weiter im Fokus

Die Eröffnung der neuen Gemeinschaftsschule Adlershof am Standort Eisenhutweg zum Schuljahr 2026 / 27 ist nach aktuellem Stand gesichert, wie das Bezirksamt in Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktion Die Linke bestätigte. Die Übergabe des Schulstandortes durch die HOWOGE ist für den 06.07.2026 terminiert.

Die verkehrliche Erschließung, insbesondere die Kapazitäten der Buslinien 160 und 163, bleibt jedoch ein kritischer Punkt. Obwohl die BVG in die Planungen eingebunden ist und Daten zu Schülerzahlen sowie Unterrichtszeiten vorliegen, steht eine finale Entscheidung zur Erhöhung der Fahrleistung derzeit noch aus.

Sorge um den Schülerverkehr

Philipp Wohlfeil (Fraktionsvorsitzender Die Linke) hatte die Anfrage (SchA IX/1098) gestellt, um Klarheit über den Baufortschritt und die Bewältigung des zu erwartenden höheren Verkehrsaufkommens zu erhalten.

Angesichts der noch ausstehenden Zusage zur Busverstärkung äußerte Wohlfeil die Sorge, dass die Anbindung der neuen Schule nicht von Anfang an reibungslos gewährleistet sein könnte.

„Es ist erfreulich, dass die neue Gemeinschaftsschule Adlershof planmäßig fertig wird. Jetzt muss aber auch die Anbindung stimmen. Wir werden die Situation genau weiter beobachten und falls nötig, weiterhin entschieden auf eine zeitnahe und bedarfsgerechte Verdichtung der Buslinien 160 und 163 drängen, damit der Schulweg für alle Schülerinnen und Schüler ab 2026 sicher und komfortabel ist. Eine neue Schule erfordert auch eine angepasste Infrastruktur“, so Wohlfeil.

Das Schul- und Sportamt hatte dem Bezirks- und Zielgruppenmanagement der BVG bereits die maßgeblichen Unterrichtszeiten sowie die kalkulierte Zahl der Schülerinnen, Schüler und des Personals übermittelt. Die Gemeinschaftsschule hat einen eigenen Einschulungsbereich, der Großteil der Schülerschaft wohnt in der Umgebung.

Kommt das Wartehäuschen an der Allendebrücke?

Positives Signal nach anfänglichem Dämpfer

Wer schon einmal bei Regen, Schnee oder sengender Sonne an einer Haltestelle ohne Dach gestanden hat, weiß: Die Wartezeit kann sich schnell wie ein Überlebenskampf anfühlen. Tropfende Jacken, flatternde Regenschirme und schmelzende Eiscreme gehören dann fast schon zum Alltag. Genau deshalb sollen die BVG-Haltestellen an der Allendebrücke endlich Wartehäuschen bekommen – sowohl auf der nördlichen als auch der südlichen Seite. Bereits im September 2024 hatten Die Linke gemeinsam mit SPD und Grünen den Antrag gestellt. „Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs muss nicht nur durch bessere Taktzeiten und ein ausgebautes Netz attraktiver werden – sie muss auch bequemer werden. Wir dürfen die Menschen, die auf die BVG angewiesen sind, nicht im Regen stehen lassen“, erklärte damals Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Linksfraktion. Im Februar 2025 dann der Dämpfer: Das Bezirksamt hatte mit der BVG gesprochen – und die winkte ab. Begründung: Die Einbautiefe für Wartehallen sei nicht ausreichend, weil das Brückenfundament zu hoch sei. Selbst das Bezirksamt schien ob dieser Antwort etwas ratlos. Aus dem Straßen- und Grünflächenamt hieß es trocken, es sei wohl „die Stützwandkonstruktion der jeweiligen Brückenrampen gemeint“. Klingt nach einer Ausrede, die man bekommt, wenn jemand einfach keine Lust hat, den Zollstock rauszuholen. Wie auch immer – das Projekt wurde vorerst beerdigt. Doch nun, acht Monate später, im Oktober 2025, kommt Bewegung in die Sache. Aus dem Abgeordnetenhaus ist zu hören, dass die Wartehäuschen nun doch gebaut werden sollen. Eine kleine Sensation – oder zumindest ein Hoffnungsschimmer für alle, die schon einmal klitschnass in der Wartegemeinschaft an der Allendebrücke standen.

Was lange währt – Haltestelle des Busses M11 bekam Wartehäuschen

Auf Initiative der Linken hatte die BVV in einem Antrag der Kooperationsgemeinschaft dem Bezirksamt empfohlen, sich bei der BVG für die Aufstellung eines Wartehäuschens an der Haltestelle „Sterndamm / Schule“ in Richtung S-Bahnhof Schöneweide einzusetzen, um die Menschen nicht mehr bei Hitze und Regen ungeschützt dort stehen zu lassen.
Nahezu wie ein Geschenk zum (fast) ersten Jahrestag dieses Antrags steht es nun, das Wartehäuschen.

Beschlüsse:

Beschlossen:
X/1029 Digitalisierung in der ergänzenden Förderung und Betreuung: Verantwortung übernehmen - Software bereitstellen! (Die Linke, Einz.-BzV (FDP))
IX/1055 Runder Tisch „Pflege“ auch im kommenden Jahr fortführen (Die Linke, B’90Grüne)
IX/1116 Eröffnung der A100: Maßnahmen zum Beheben des Verkehrschaos und dem Schutz der Fußgänger:innen (B’90 Grüne, SPD, Die Linke)
IX/1120 Abreißzettel „Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen“ in Toiletten in bezirklichen Einrichtungen (SPD, Die Linke, B’90 Grüne)
IX/1150 Rettung des Schloßplatztheaters Köpenick (SPD, Die Linke, B’90 Grüne)

In die Ausschüsse überwiesen:
IX/1108 Aktionstage gegen „Schrotträder“ (SPD, Die Linke, B’90 Grüne)
IX/1109 Benennung von Partizipationsbeauftragten (Die Linke, SPD, B’90 Grüne)
IX/1113 Sicherer und ruhiger Verkehr in der Südostallee (SPD, Die Linke, B’90 Grüne)
IX/1121 Erhöhte Sicherheit durch erweitertes Tempolimit in der Siemensstraße (SPD, Die Linke, B’90 Grüne)
IX/1141 Verbesserung und Herstellung der Durchgängigkeit des Fußverkehrs am Bahnhof Schöneweide (Die Linke, B’90 Grüne)
Details zu allen Anträgen gibt es beim Bezirksamt: gleft.de/5my

Mehr zu Linken Anträgen gibt es hier: gleft.de/4lx

Für eine bessere Gesundheitsversorgung in Altglienicke

Carolin Weingart in Diskussionsrunde

In Altglienicke fehlt es massiv an Haus- und Fachärzt:innen, während die Bevölkerung wächst. Mehr als 2.000 Unterschriften der Nachbar:innen fordern jetzt eine bessere Gesundheitsversorgung vor Ort. Unsere Stadträtin für Gesundheit Carolin Weingart hat sich deshalb auf einer öffentlichen Veranstaltung in Altglienicke mit dem Leiter der Kassenärztlichen Vereinigung Dr. Burkhard Ruppert, Staatssekretärin Ellen Haußdörfer und der Leiterin des Gesundheitsamtes Mascha Lazar getroffen und diskutiert.

Bildquelle: BA TK

Leiterin des Gesundheitsamtes Mascha Lazar, Dr. Burkhard Ruppert (KV Berlin), Staatssekretärin Ellen Haußdörfer und Bezirksstadträtin Carolin Weingart (v.l.n.r.)

Straßenbahn-Wendeschleife und Bushaltestellen auf der Johannisthaler Seite des Bahnhofs Schöneweide ohne Schutz vor Sonne, Wind und Regen

Hitzeschutz für Schöneweide

Bezirksamt legt Zwischenbericht zum Antrag vor

Der gemeinsame Antrag von DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Hitzeschutz an der Gleisschleife des Bahnhofs Schöneweide zeigt erste Wirkung. Das Bezirksamt Treptow-Köpenick hat nun einen Zwischenbericht zu den bisherigen Planungen und Maßnahmen vorgelegt.

Die Fraktionen hatten beantragt, dass sich das Bezirksamt beim Senat und der BVG dafür einsetzt, ein umfassendes Hitzeschutzkonzept für den Bereich der Straßenbahn-Wendeschleife und der Bushaltestellen auf der Johannisthaler Seite des Bahnhofs zu entwickeln. Auch bei der geplanten Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes auf der Niederschöneweider Seite soll der Schutz vor Sonne und Hitze künftig von Beginn an berücksichtigt werden.

Der Anlass für den Antrag: Die neu gebaute Haltestellenanlage besteht fast vollständig aus Beton und Asphalt. Grünflächen, Bäume oder Überdachungen fehlen bislang. „Die Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs dürfen wir nicht im Regen stehen lassen – und auch nicht in der Hitze“, erklärte André Schubert, verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. „Wir wollen, dass der ÖPNV besser, schneller, aber auch bequemer wird. Regen- und Hitzeschutz gehören einfach dazu und müssen jetzt auch an der Gleisschleife Schöneweide schnell eingebaut werden.“

In seiner Antwort betont das Bezirksamt, dass die neue Verkehrsanlage „auf Funktionalität und komfortablen Umstieg“ ausgelegt sei. Allerdings gebe es bauliche Einschränkungen: Wegen der zahlreichen Oberleitungen müssten bestimmte Mindestabstände eingehalten werden, was eine Begrünung mit Bäumen stark erschwere. Dennoch soll im Zuge der Fertigstellung des geplanten BVG-Pausengebäudes im kommenden Jahr eine zusätzliche Begrünung erfolgen. Geprüft werde zudem, den Weg zwischen S-Bahnhof und Tram-/ Bushaltestelle mit einer Überdachung und Solaranlage auszustatten.

Bei der geplanten Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes auf der Niederschöneweider Seite sollen die Erfahrungen aus der Diskussion um die Gleisschleife bereits einfließen. Laut Bezirksamt liegt inzwischen ein Freiraumkonzept vor, das unter Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet wurde. Ziel sei eine barrierefreie, sichere und attraktive Umsteigezone.

Chronik eines Dauerprojekts

Über das Konzept bezirklicher Wirtschaftsförderung

Vor 19 Jahren stellte die PDS-Fraktion Treptow-Köpenick (heute DIE LINKE) den Antrag, ein „Konzept bezirklicher Wirtschaftsförderung“ Treptow-Köpenick zu erarbeiten und der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vorzulegen. Dieser Antrag fand immerhin zwei Jahre später die Mehrheit des zuständigen Ausschusses und wurde dann auch von der BVV beschlossen. So weit, so gut.

Eine Aufgabe der Bezirksverordneten ist es ja, Verwaltungshandeln anzuregen. Und wenn das etwas länger dauert, ist die BVV durch Zwischenberichte über den Fortgang der Umsetzung zu informieren. Es folgten bis zum heutigen Tage 10 Zwischenberichte. Mit dem 1. Zwischenbericht drei Jahre nach Beschlussfassung unseres Antrages wurde uns erklärt, dass es unserer Anregung eigentlich nicht bedurft hätte. Es gibt ja eine Zielvereinbarung. Das ist quasi eine zielorientierte Arbeitsplanung für ein Jahr, aber kein Konzept für einen längeren Zeitraum. Der Meinung war auch die Mehrheit der BVV und wies diesen 1. Zwischenbericht zurück. Es folgten dann in unregelmäßigen Abständen nichtssagende Zwischenberichte, zum Teil als Kopie des vorherigen Berichts.

2019 teilte das Bezirksamt nach wie vor mit, dass sich das (nicht vorhandene!) Konzept der bezirklichen Wirtschaftsförderung eigentlich schon „in den umfassend bestehenden Arbeitsschwerpunkten und Aufgaben der Wirtschaftsförderung widerspiegelt“.

Aber mit der Stellennachbesetzung für die Projektarbeit sollte der beabsichtigte Projektentwurf bezüglich des Konzeptes der bezirklichen Wirtschaftsförderung wieder in den Fokus gesetzt werden.

Hoffnung keimte auf. Immerhin wurden wir ein Jahr später informiert, dass die Beantragung von GRW-Mitteln für das Konzept erarbeitet wird. Hier geht es um Fördermittel zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Im Jahr 2021 waren diese Mittel dann beantragt, deren Bewilligung aber nicht möglich. Man suchte deshalb nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten.

2019 teilt das Bezirksamt mit, dass sich der Personalstamm der Organisationseinheit (OE) Wirtschaftsförderung gerade stark reduziert und man außerdem noch andere Projekte zu stemmen hat.

Im 10. Zwischenbericht 2025 ergeht folgende Information an die BVV: „Das Bezirksamt beabsichtigt auch weiterhin, ein Konzept der bezirklichen Wirtschaftsförderung zu erstellen (...). Der Personalstamm in der OE Wirtschaftsförderung ist aktuell stark reduziert und wird sich künftig verändern. Eine Konzeptentwicklung kann und sollte nur mit den fachlich involvierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach einer Besetzung und entsprechender Einarbeitungszeit erfolgen.“

Man darf gespannt sein. Allerdings braucht man hier außer Geduld und Optimismus eine gehörige Portion Humor.

Petra Reichardt, Wirtschaftspolitische Sprecherin

Schlossplatztheater Köpenick vorerst gerettet

Senat lenkt nach Druck aus dem Bezirk ein

Foto: CC 3.0, Wikimedia, Andrew Owens

Nach Druck aus dem Bezirk wird das Schlossplatztheater im Landeshaushalt 2026/27 berücksichtigt.

Die Debatte um das Schlossplatztheater Köpenick hatte in der Bezirksverordnetenversammlung einen neuen Höhepunkt erreicht. Edith Karge, kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, richtete einen deutlichen Appell an den Senat. Vorausgegangen waren Kürzungen der Gelder für Schlossplatztheater und engagierte Debatten um die mögliche Rettung des Theaters. Karge machte klar, dass das Schlossplatztheater weit mehr ist als eine Bühne im Südosten Berlins. Sie hob hervor, dass das Haus für Bildung, Begegnung und kulturelle Teilhabe stehe und seit Jahren niedrigschwellige, qualitativ hochwertige darstellende Kunst anbiete. Damit habe es sich zu einer zentralen Säule der kulturellen Daseinsvorsorge entwickelt – für Köpenick und darüber hinaus.

Besonders scharf kritisierte Karge die Entscheidung des schwarz-roten Senats, dem Theater keine Regelfinanzierung zu gewähren. Sie stellte die Frage, wie ein Bezirk ein solches Projekt aus eigenen – bereits stark belasteten – Mitteln tragen solle, während der Senat gleichzeitig bei den Bezirken kürze. Die Folge sei ein kulturpolitisches Vakuum, in dem Einrichtungen wie das Schlossplatztheater kaum Überlebenschancen hätten.

Vorausgegangen waren politische Auseinandersetzungen im Bezirk – ein Hin und Her von Anträgen und kontroversen Finanzierungsmodellen. Die CDU hatte eine Finanzierung aus dem knappen Bezirksbudget gefordert. Karges Forderung, Kultur dürfe nicht als „freiwillige Aufgabe“ abgetan werden, sondern sei der Grundpfeiler einer funktionierenden Stadtgesellschaft, fand jedoch fraktionsübergreifend Zustimmung.

Karge würdigte zugleich den Einsatz zahlreicher Unterstützerinnen und Unterstützer, die sich sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene für eine Lösung starkgemacht hatten. Besonders Theaterleiterin Birgit Grimm habe maßgeblich dazu beigetragen, das Anliegen politisch präsent zu halten.

Der Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke forderte das Bezirksamt auf, weiter Druck auf Senat und Abgeordnetenhaus auszuüben, damit das Schlossplatztheater auch im Landeshaushalt 2026/27 berücksichtigt wird. Für Karge ist dabei klar, dass Berlin ohne verlässliche Finanzierung seiner kulturellen Infrastruktur seine gesellschaftliche Substanz riskiert. Ihre zentrale Botschaft an den Senat blieb unmissverständlich: „Wer Kultur nur als freiwillige Aufgabe betrachtet, zerstört Stück für Stück das Fundament unserer Stadtgesellschaft. Das Schlossplatztheater steht für Bildung, Begegnung und Beteiligung – genau das, was Berlin so dringend braucht.“

Die Zukunft des Schlossplatztheaters ist inzwischen zumindest für 2026 und 2027 gerettet. Der Senat hatte dem Druck aus dem Bezirk nachgegeben und Geld für das Theater im aktuellen Haushalt bereitgestellt. ●

Entlastung am Bahnhof Schöneweide

Schnelle Zwischenlösung gefordert

Viel los ist am Bahnhof Schöneweide jetzt schon. Wenn der Umbau von Bahnhof und Vorplatz vollendet ist, dürfte dieser wichtige Knotenpunkt in Treptow-Köpenick noch stärker frequentiert werden. Doch für Fußgänger:innen ist die aktuelle Wegeführung zu den Gleisaufgängen umständlich und entsprechend unsicher. Die Linke fordert daher zusammen mit SPD und Grünen eine Öffnung des Durchgangs im Bahnhofsgebäude Schöneweide. Denn, so erklärt André Schubert, Sprecher für Verkehrspolitik aus der Fraktion Die Linke: “Es braucht eine schnelle Lösung, solange der Neubau zwischen historischem Gebäude und Tunnel weiter auf sich warten lässt.“

Bürgersprechstunde

Bezirksstadträtin und Leiterin der Abteilung Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe, **Carolin Weingart, Donnerstag, 04. Dezember 12–13 Uhr** (telefonisch oder vor Ort) Hans-Schmidt-Straße 16, 12489 Berlin, Raum 131, Anmeldung unter: (030) 902 97 59 88

KONTAKT

Fraktion in der BVV
Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Tel. (030) 533 76 07
mail@linksfraktion-tk.de
Sprechzeiten:
Mo, Do 15.00–18.00 Uhr
Dienstag 12.00–17.00 Uhr
Sprechzeiten nach Voranmeldung

www.linksfraktion-tk.de

linksfraktiontk

IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift der Fraktion
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
Redaktion: Edith Karge, Dobrila Kontić, Joseph Rohmann
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick,
Redaktion Aus dem Rathaus,
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH
Storkower Str. 127A+129, 10407 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.11.25
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am Montag, 16.02.26
Redaktionsschluss dafür: Di 03.02.26

Bürgersprechstunde

Gregor Gysi, MdB
Mittwoch, 10. Dezember
von 12–18 Uhr
im Bürgerbüro Gregor Gysi,
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Anmeldungen bitte bei
André Schubert unter
63 22 43 57

Zwei Zeitungen: ein Abo!

Null Papier, volle Informationen.
Unsere Zeitungen **Aus dem Rathaus** und **blättchen** jetzt im digitalen Abo!
#nachhaltiglinks

KONTAKT

Geschäftsstelle
Treptow-Köpenick
Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de
Öffnungszeiten:
Montag 13.00 – 17.00 Uhr
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr
Kassenzeiten:
Auf Anfrage
Wahlkreisbüro
Dr. Gregor Gysi, MdB
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de
Sprechzeiten:
Mo + Mi 13.00 – 16.30 Uhr
Kassenzeiten Brückenstraße:
Auf Anfrage

www.dielinke-treptow-koepenick.de

dielinketk

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Redaktion: Edith Karge, Dobrila Kontić, Joseph Rohmann
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH
Storkower Str. 127A+129, 10407 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.11.25
Erscheinungstag blättchen 310: Mo, 16.02.26
Redaktionsschluss dafür: Di, 03.02.26
Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.

Der Raumkampf verschärft sich

So erkennt man rechte Propaganda im Stadtbild

Das Berliner Register verzeichnet erhebliche Anstiege in der Verbreitung rechter Propaganda durch Sticker, Schmierereien und Zahlencodes. Häufig verstecken sich hinter unscheinbar wirkenden Symbolen gefährliche rechte Botschaften. Doch um gegen ihre Propaganda vorgehen zu können, müssen wir diese zuerst erkennen können.

Häufig werden Zahlen eingesetzt, die den Buchstaben des Alphabets gleichgesetzt werden (z.B. A = 1, B = 2, C = 3... etc.) – auf wenig kreative Weise: Vor linke Codes wird eine weitere 1 gesetzt, die „Anti“ symbolisiert. So wird dann aus 161, dem Code der Antifaschistischen Aktion, 1161 also: Anti-Antifaschistische Aktion. Weitere bekannte Zahlencodes: Die 444 (Deutschland den Deutschen), 18 (Adolf Hitler) und 88 (He*l Hitler).

Diese Form der Kommunikation ist ernst zu nehmen: In Kiezen, in denen Rechte ihre eigene Propaganda wiedererkennen, fühlen sie sich wohl. Es gibt ihnen Mut für ihre Aktionen – und das wird zur Gefahr für alle Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen.

Eine andere Form der rechten Propaganda erfolgt durch Sticker. Botschaften darauf richten sich teils offen gegen Migration, Queere Strukturen oder linke Aktivist:innen. In anderen Fällen tarnen sich Werbeversuche rechtsextremer Gruppierungen hinter ungefährlich wirkenden Aufrufen. Sie zeigen u.a. Aufrufe zu Sport und körperlicher Hygiene – ein abstoßender Versuch, junge Menschen aus unseren Kiezen auf die falsche Bahn zu locken. Es sind nicht nur Sticker und Codes, es ist eine rechte Raumnahme.

Viele Personen laufen an dieser rechten Propaganda in Form von Stickern, Codes und Symbolen vorbei, ohne zu wissen, was sie da eigentlich sehen, kategorisieren diese im besten Fall als banalen Vandalismus, nicht jedoch als politische Botschaft. Doch genau das ist es. Es ist ein öffentlicher Ausdruck von Hass und Einschüchterung gegenüber unseren Nachbar:innen und Freund:innen.

Das Berliner Register dokumentiert diese Fälle rechter Propaganda und die von ihr ausgehende Diskriminierung. Die scheinbaren Einzelfälle werden so in einen Zusammenhang gebracht. 2024 wurden 976 Vorfälle dokumentiert, das entspricht einem Zuwachs von 116% im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Anstieg ist nicht nur durch erhöhtes Bewusstsein erklärbar, sondern spiegelt wider, was wir in unseren Umfeldern, der Presse und den Aussagen von Politiker:innen beobachten.

Das Register schafft Bewusstsein – wir sind in der Verantwortung, die Verbreitung rechter Propaganda einzudämmen. Daher: Schaut bitte hin. Wer Botschaften meldet oder entfernt, macht damit den öffentlichen Raum sicherer für alle. Doch Vorsicht ist geboten: Es gibt Berichte von mit Klingen gespickten Stickern.

Vorfälle melden unter: berliner-register.de/vorfall-melden/

Autor:innen: AG Linksaktiv TK

Jugendhilfeausschuss lehnt Kürzungsvorschlag von CDU-Stadtrat ab

Zwei Prozent weniger Zuwendungen für die freie Jugendarbeit und bis zu sechs Prozent weniger für die Jugendsozialarbeit in Treptow-Köpenick hatte CDU-Jugendstadtrat André Grammelsdorf mit Blick auf den Haushalt 2026 vorgeschlagen. Mit den Stimmen von Die Linke, SPD und Grünen wurde Grammelsdorfs Vorschlag in der Jugendhilfe-Ausschusssitzung (JHA) am 18.11.25 abgelehnt und stattdessen eine befristete Finanzierung bis 31.03.26 beschlossen. Damit soll Zeit geschaffen werden, um die Haushaltslage zu klären, die in den Bezirk gekommenen Gelder für die Freie Jugendhilfe korrekt abzubilden, Kürzungen und den drohenden Verlust der gesamtstädtischen Mittel abzuwenden. Karin Kant, Sprecherin für Jugend der Fraktion Die Linke erklärte: „Die vom Stadtrat geplanten Kürzungen hätten – angesichts fehlender Tarifmittel, Inflation und stark gestiegener Kosten – eine strukturelle Schwächung der Jugend-, Familien- und Jugendsozialarbeit bedeutet.“

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten für unsere Bezirkszeitung decken zu können, ist eine Spende von mindestens 25 Cent für jede Ausgabe hilfreich. Allen Spendern herzlichen Dank für die Unterstützung. Überweisen Sie Ihre Spende bitte an: DIE LINKE Berlin
IBAN:
DE59 1007 0848 0525 6078 03
BIC: DEUTDEDB110,
Berliner Bank AG
Verwendungszweck: 502-810, sowie Name, Vorname und Anschrift angeben

Übrigens: Die Linke nimmt keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten an.

Stolpersteine für Berta und Rudolf Ehrlich

BdA und Linke erinnern an NS-Widerstand des Ehepaars

„Lauf schnell zu Opa Thiele“, konnte Berta Ehrlich noch der zehnjährigen Johanna zurufen, die am 14. Dezember 1939 gerade aus der Schule kam, als die Mutter von der Gestapo abgeholt wurde. Vater Rudolf war da bereits auf seiner Arbeitsstelle verhaftet worden.

Beide gehörten zur kommunistischen Widerstandsgruppe Altglienicke, Bohnsdorf und Adlershof unter der Leitung von Otto Nelte und Willi Gall. Bertas kleiner Laden in der Siedlung war ideal, um Flugblätter zu verteilen, Informationen weiterzuleiten und Gespräche zu führen. Für den KPD-Instrukteur Willi Gall diente das Haus der Ehrlichs in Altglienicke bis zu seiner Festnahme am 14.12.1939 zusammen mit Berta auch als illegaler Treffpunkt und Unterschlupf. Die Faschisten verurteilten das Ehepaar Ehrlich zu 14 bzw. 12 Jahren Zuchthaus. Bertas Leidensweg durch die NS-Haftanstalten begann in der Barnimstraße. Nach anschließender Gefangenschaft im Zuchthaus Cottbus endete er erst mit der Befreiung aus dem Zuchthaus Waldheim im April 1945. Auch Rudolf verbrachte fünfeinhalb Jahre hinter Gefängnismauern, zunächst in Brandenburg, dann in Hameln. Tochter Johanna lebte damals bei Großeltern in Brandenburg – in der Stadt, in der ihr Vater zeitweise eingesperrt war.

Otto Nelte und Willi Gall starben am 25. Juli 1941 unterm Fallbeil in Plötzensee. Ihrer wird mit einer Stele auf dem Friedhof Adlershof gedacht. Unweit davon befindet sich die Neltestraße. Vor 1990 trugen in Altglienicke zwei Schulen die Namen von Rudolf Ehrlich und Willi Gall. An Bertas und Rudolfs aktiven Widerstand gegen das Nazi-Regime und ihren Kampf für eine gerechtere Welt erinnern nun der Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Treptow (BdA) und die Linke Treptow-Köpenick mit der Verlegung von zwei Stolpersteinen. Im Beisein von Tochter Dr. Johanna Mauer werden sie in Altglienicke am 13. Dezember 2025 um 12.00 Uhr vor ihrem Haus Schachtelhalmweg 83 in den Gehweg eingelassen.

Monika Seiffert

Gegen das Vergessen: Mitglieder der Linken kümmern sich mit Putzaktionen um Stolpersteine. Das erste Foto ist aus der Dörpfeldstraße / Ecke Friedenstraße,das zweite aus der Herrenhausstraße in Johannisthal.

Termine

Mi, 10.12. /// 17.30 Uhr
Landesweites Neumitgliedertreffen
Thema: Wofür steht Die Linke Berlin, wie funktionieren die Strukturen der Partei, wo kann man sich einbringen? Diesen und weiteren Fragen widmet sich das Neumitgliedertreffen im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, Anmeldung unter: dielinke.berlin/mitmachen/neumitgliedertreffen

Mo, 15.12. /// 15 Uhr
AG Seniorenpolitik
Thema: Aktuelle Aufgaben in Vorbereitung der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und der BVV Treptow-Köpenick, insbesondere die inhaltlichen seniorenpolitischen Gesichts- und Schwerpunkte für die entsprechenden Wahlprogramme. Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28

Di, 16.12. /// 19 Uhr
Konzert: Karl Neukauf
Musiker und Komponist Karl Neukauf präsentiert neue Berliner Chansons mit seinem neuesten Werk „Karleidoskop“, das 2025 den renommierten „Preis der Deutschen Schallplattenkritik“ gewonnen hat. Eintritt 6 €, Kulturhaus Baumschulenweg

Berlins vergessene Traumfabrik?

Ausstellung zur Film- und TV-Geschichte von Johannisthal und Adlershof

Erfreulich viele Interessierte trafen sich zur Eröffnung der Ausstellung zur Filmgeschichte in Johannisthal und Adlershof

Die Fluggeschichte von Johannisthal ist bekannt, aber die Filmgeschichte? Seit dem 14. November kann man sich dazu schlau machen im Museum Treptow am Sterndamm 102 (Johannisthaler Rathaus). Ein neues Ausstellungsmodul beleuchtet diesen bislang zu Unrecht vergessenen Aspekt der Bezirksgeschichte Treptow-Köpenicks, der nicht nur Teil der Berliner Industriegeschichte, sondern auch der Deutschen Filmgeschichte ist.

1920 gingen in Johannisthal die Scheinwerfer an: In den riesigen Ateliers der Johannisthaler Filmanstalten (Jofa) – am Segelfliegerdamm, wo später der Betrieb „Kühlautomat“ seinen Produktionsstandort hatte – entstanden namhafte Stumm- und Tonfilme wie „Nosferatu“ und „Ein Lied geht um die Welt“. Zwischen 1946 und 1961 war Johannisthal Dreh- und Produktionsort der DEFA, später des DDR-Fernsehens. Während die Film- und Fernsehproduktionen aus Johannisthal bis heute unvergessen sind, ist die Erinnerung an die einstige „Traumfabrik“ fast völlig verblasst. Diese Ausstellung wurde vom Autor und Jofa-Experten Wolfgang May und der Filmwissenschaftlerin Irina Vogt kuratiert. Sie basiert auf der gleichnamigen Publikation „Berlins vergessene Traumfabrik“ von Wolfgang May, die aktuell leider vergriffen ist.

Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: www.dielinke-treptow-koepenick.de